

**Sitzungsvorlage 2023/235**

Verfasser:  
Hauptamt, Thomas Oberhofer

Stand: 27.09.2023

Az.

Beteiligung:  
Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft

Verwaltungs- und Wirtschaftsausschuss	09.10.2023	öffentlich
Gemeinderat	23.10.2023	öffentlich

**Zuordnung des Aufgabenbereichs Städtepartnerschaften zum Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Bereich Städte- und Schulpartnerschaften wechselt zum 01.01.2024 vom Amt für Bildung, Soziales und Sport in das Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft.
2. Das Einvernehmen gemäß § 44 Abs. 1 GemO wird erteilt.

## **Sachverhalt:**

§ 44 Abs. 1 Satz 2 GemO stellt die Grundlage zur Beteiligung und Entscheidung durch den Gemeinderat dar. Der Oberbürgermeister regelt die innere Organisation der Verwaltung und grenzt im Einvernehmen mit dem Gemeinderat die Geschäftskreise der Beigeordneten ab. Bislang ist der Bereich Städtepartnerschaften beim Dezernat II angesiedelt. Nun soll sie von einem Amt im Dezernat I übernommen werden. Da der Geschäftskreis Oberbürgermeister mit Dezernat I und Erster Bürgermeister berührt ist, ist das Einvernehmen herzustellen.

Der Bereich der Städtepartnerschaften wurde im Jahr 2020 bei der Neuorganisation vom Amt für Soziales und Familie und Amt für Schule, Jugend und Sport in das neu entstandene Amt für Bildung, Soziales und Sport integriert und seitdem als Stabsstelle organisatorisch im Dezernat II angebunden. In der Praxis ist naturgemäß der Oberbürgermeister (Dezernat I) in die Aktivitäten der Städtepartnerschaften eingebunden. Er ist oberster Repräsentant der Stadt und daher auch für die Partnerstädte bzw. andere Stadtoberhäupter erster Ansprechpartner.

Aus organisatorischen Gründen, erfolgen auch heute die meisten internen Abstimmungen mit dem Oberbürgermeister. Aufgrund der organisatorischen Einbettung als Stabsstelle in das Dezernat II ist hierbei allerdings nicht der optimale Prozess möglich, wodurch es zu organisatorischem Mehraufwand kommt. Die bestehenden Städtepartnerschaften erfordern ein kontinuierliches Maß an Weiterentwicklung und Betreuung. Hinzu kommt aktuell der zeitintensive Aufbau einer Partnerschaft mit einer Stadt in der Ukraine. Hier laufen bereits Abstimmungen. Der Oberbürgermeister ist eng eingebunden.

Um in Zukunft eine bessere Verzahnung der Abläufe und eine optimale Steuerung der Aufgaben der Städtepartnerschaften abbilden zu können, wird vorgeschlagen, den Bereich der Städtepartnerschaften vom Amt für Bildung, Soziales und Sport (Dezernat II) auf das Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft (Dezernat I) übergehen zu lassen.

### **Organisatorischer Vorteil:**

Das Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft befindet sich im Dezernat I. Die Abstimmungsprozesse mit dem Oberbürgermeister sind ohnehin vorhanden und eingespielt. Im Hinblick auf die Städtepartnerschaften kann die Steuerung der Themen optimal erfolgen. Die Anbindung soll in der Abteilung Gesellschaft im Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft erfolgen. Damit einher gehen alle Vorteile der Ansiedlung in der Linienorganisation, was bisher nicht der Fall ist. Künftig würde es damit eine Abteilungsleitung geben, die die Themen auf der leitungs- bzw. strategischen Ebene mit vorbereiten und begleiten kann und neben disziplinarischen Fragestellungen einzelne fachliche Aufgaben übernehmen kann. Ein weiterer Vorteil ist, dass die aktuelle Stelleninhaberin der Abteilungsleitung Gesellschaft früher selbst im Bereich der Städtepartnerschaften gearbeitet hat und daher den Bereich in Ravensburg bestens kennt. Hier kann auf fundiertes Wissen aufgebaut werden. Fremdsprachenkenntnisse sind vorhanden. Hinzu kommt neu die Steuerungsfunktion durch die Amtsleitung. Themen können somit zur Abstimmung mit dem Oberbürgermeister intensiver vorbereitet werden. Das vermeidet Mehraufwand durch Streuverluste.

Zu Beginn des Jahres wurde die Arbeit der Verbandsverwaltung des Gemeindeverbandes Mittleres Schussental (GMS) aufgrund des Aufgabenzuwachses im GMS neu organisiert. Sie ist in der Abteilung Gremien und Repräsentation im Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft organisatorisch angesiedelt. Die Städtepartnerschaft mit Brest unterhält der GMS. Die inhaltliche Arbeit findet im Bereich Städtepartnerschaften statt. Künftig ist in einem Amt von weiteren positiven Synergieeffekten auszugehen.

Die Stelleninhaberin in der derzeitigen Stabsstelle Städtepartnerschaften würde damit künftig in die Abteilung Gesellschaft im Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft integriert.

### Inhaltliche Ausrichtung:

Der Bereich der Städtepartnerschaften kümmert sich auch in Zukunft um die vorhandenen Kernaufgaben. Eine Änderung des Aufgabenportfolios ist nicht vorgesehen. Weiterentwicklungen hin zu verschiedenen weiteren internationalen Angelegenheiten, wie z.B. EU-Fördermittelakquise bei gesellschaftlichen Themenstellungen, sollen angedacht werden. Hinzu kommen in jedem Fall als neue Aufgabe der Aufbau und die Pflege einer Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt.

### Kosten und Finanzierung:

keine finanziellen Auswirkungen.

### Klimawirkungsprüfung:

#### Einschätzung der CO<sub>2</sub>-Relevanz



Hat der Beschlussgegenstand voraussichtlich Auswirkungen auf die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Stadt Ravensburg?

Ja

positiv  
 negativ

Nein

#### 1. Menge der CO<sub>2</sub>-Emissionen

- gering** → bis ca. 3 t CO<sub>2</sub> / Jahr (entspricht < 6,3 MWh<sub>el</sub> / 12 MWh Erdgas / 13.800 PKW km)
- mittel** → bis ca. 130 t CO<sub>2</sub> / Jahr (entspricht < 270 MWh<sub>el</sub> / 525 MWh Erdgas / 600.000 PKW km)
- erheblich** → über ca. 130 t CO<sub>2</sub> / Jahr (entspricht > 270 MWh<sub>el</sub> / 525 MWh Erdgas / 600.000 PKW km)

#### 2. Dauer der CO<sub>2</sub>-Emissionen

- kurz** → max. 1 Jahr
- mittel** → 1 Jahr bis 10 Jahre
- langfristig** → 10 und mehr Jahre

#### Textliche Begründung der Einschätzung (Kurzversion)

Keine CO<sub>2</sub> Relevanz, da Übergang Stabstelle Städtepartnerschaften in ein anderes Amt.

**Folgende Maßnahmen wurden getroffen, um die CO<sub>2</sub>-relevanten Auswirkungen zu optimieren:**

Text Sachverhalt

**Weitere Alternativen wurden geprüft / werden zur Prüfung empfohlen:**

Text Sachverhalt

#### Klimawirkungsprüfung entfällt

- Beschlussgegenstand wurde bereits im Text Sachverhalt am Text Sachverhalt bewertet.

**Anlage/n:**

Anlage 1: Organigramm nach Zuordnung des Bereichs Städtepartnerschaften zum Amt für Kommunikation, Politik und Gesellschaft